

Geschäftsbericht für die Jahre 2013 - 2018 des geschäftsführenden Vorstandes dbb Kreisverband Münster

Berichtszeitraum und dbb Kreisgewerkschaftstag 2013

Dieser Geschäftsbericht wurde für den Zeitraum 10.04.2013 bis zum 31.12.2018 erstellt. Am 10.04.2013 fand der dbb Kreisgewerkschaftstag im Landeshaus des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe statt. Die Delegierten des dbb Kreisgewerkschaftstages Münster wählten für die Amtsdauer von fünf Jahren den neuen geschäftsführenden dbb Kreisvorstand.



Hierbei wurde der dbb Kreisvorsitzende Michael-Franz Knobloch (DSTG) und seine beiden Stellvertreter Lisa Bethge (KOMBA-Gewerkschaft) und Dr. Volkhard Riedel (BRH, VdLA) wiedergewählt. Neuer Schatzmeister wurde Christian Flaig (VdLA). Als Beisitzer wurden Helmo Baltes (GdV), Meik Bruns (PhV), Peter-Michael Jung (DSTG), Anusch Melkonyan (KOMBA) und Rogar Schnieders (BSBD) gewählt.

Als Hauptredner wurde der stellvertretende dbb Landesbundvorsitzende Wolfgang Römer begrüßt, der über aktuelle Entwicklungen im öffentlichen Dienst informierte.

Foto von links: Dr. Volkhard Riedel, Helmo Baltes, Michael-Franz Knobloch, Wolfgang Römer, Lisa Bethge, Peter-Michael Jung, Rogar Schnieders, Anusch Melkonyan. Kleines Foto oben rechts: Meik Bruns. Fotos: dbb KV Münster

Der Deutsche Beamtenbund und seine Mitgliedsverbände

Der Deutsche Beamtenbund vertritt die Interessen von ca. 1,3 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (davon rund ein Drittel Tarifbeschäftigte). In NRW sind über 190.000 Beschäftigte Mitglied in einem Berufsverband bzw. einer Gewerkschaft, die sich dem DBB NRW angeschlossen haben. Bundesweit gibt es 40 Einzelverbände, die dem Deutschen Beamtenbund angehören.

In Münster vertritt der dbb Kreisverband die Interessen von rund 10.000 Gewerkschaftsmitgliedern. In der Behördenstadt Münster sind nahezu 100 Behörden bzw. Behördenstandorte angesiedelt. In diesen Münsteraner Behörden sind 35 dbb Mitgliedsverbände (18 Gewerkschaften und 17 Berufsverbände) aktiv und leisten dort Gewerkschafts- und Personalratsarbeit (Siehe auch Tabelle am Ende des Berichtes).

Arbeit des geschäftsführenden dbb Kreisvorstandes

Im Berichtszeitraum (Jahre 2013 - 2018) hat der geschäftsführende dbb Kreisvorstand 54 Vorstandssitzungen durchgeführt. Diese Sitzungen sind öffentlich. Das heißt Vertreter aus den dbb Mitgliedsverbänden und Gewerkschaftsmitglieder können an den Sitzungen teilnehmen und ihre Anliegen vortragen. Der Vorstand trifft sich monatlich im Ratskeller am Prinzipalmarkt in Münster. Sitzungstag ist jeweils der zweite Mittwoch im Monat. Sitzungsbeginn ist um 16.30 Uhr.

Zu den Aufgaben des geschäftsführenden dbb Kreisvorstandes gehören unter anderem:

1. die Zusammenarbeit mit den Mitgliedsverbänden und die Betreuung der Mitglieder
2. die Weitergabe von Informationen
3. berufspolitische Arbeit und der Kontakt zu den örtlichen Vertretern der Politik

1. Zusammenarbeit mit den dbb Mitgliedsverbänden und Mitgliederbetreuung

• Der dbb Kreisvorstand vor Ort

Auf Einladung örtlicher Personalräte bzw. der dbb Mitgliedsverbände nehmen Vertreter des geschäftsführenden dbb Kreisvorstandes an Gewerkschafts- und Personalversammlungen teil. Hierzu gehörten zum Beispiel Besuche in Finanzämtern, der Bezirksregierung, der Universität und nicht zuletzt im Bereich des Strafvollzuges.



Der dbb Kreisvorsitzende Michael-Franz Knobloch bei der Jahreshauptversammlung des BRH Münster (Foto: BRH Münster)

• Öffentliche Vorstandssitzungen und persönliche Beratung

Sowohl in den Vorstandssitzungen, als auch in unzähligen persönlichen Beratungen (Telefongespräche, persönliche Gespräche, E-Mail-Kontakte) wurden Fragen beantwortet und Problemlösungen erarbeitet. Hierbei gewinnt das Medium E-Mail immer mehr an Bedeutung. In den letzten fünf Jahren wurden über 650 Anfragen von dbb Mitgliedern durch den geschäftsführenden dbb Kreisvorstand bearbeitet. Hierbei werden allgemeine Fragen beantwortet.

• Der dbb und seine Mitgliedsverbände bieten kompetenten Rechtsschutz und Rechtsberatung

Schwerpunktthemen bei den persönlichen Beratungsgesprächen sind:

- Anfragen von Angehörigen zur Gewerkschaftszugehörigkeit, Sterbegeldversicherungen, usw.
- Fragen zu Themen wie Besoldung, Versorgung und Beihilfe
- Verfahren auf vorzeitige Versetzung in den Ruhestand und damit verbundenen Themen

In Fällen der Rechtsberatung wird auf die Ansprechpartner im dbb nrw bzw. den dbb Dienstleistungszentren verwiesen. Zu den Anrufern gehören auch immer wieder Personen, die keiner Gewerkschaft angehören. Hier wird deutlich, wie wichtig Rechtsschutz und Rechtsberatung durch die Berufsverbände und Gewerkschaften ist. Dies gilt für das aktive Berufsleben, aber auch für die Zeit nach der beruflichen Tätigkeit als Pensionär oder Rentner. Freie Rechtsanwälte zu finden, die auf Themen des öffentlichen Dienstes spezialisiert sind, ist nicht einfach.

2. Weitergabe von Informationen

Die Vermittlung von Informationen hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verändert.

In den Jahren 1999 bis 2007 gab der dbb Kreisverband Münster die Wandzeitung „Unsere Pinnwand“ heraus, die in einer Auflage von rund 300 Stück an 75 Ansprechpartner versandt und in ca. 100 Behörden in Münster und Umgebung ausgehängt wurde. Nach Übernahme des Beamtenheimstättenwerkes (BHW) durch die Postbank AG wurde dieses Engagement des Sponsors beendet.

In den Jahren 2008 bis 2015 wurde die Wandzeitung durch einen Newsletter des dbb Kreisverbandes abgelöst. Darüber hinaus wurden Online-Nachrichten-Angebote der Bundesleitung und des dbb Landesvorstandes (z.B. dbb aktuell, dbb Info, dbb tarifunion-Info) per E-Mail an die örtlichen Vertreter der dbb Mitgliedsverbände in Münster weitergeleitet.



Aber auch hier vollzog sich ein Wandel. Viele Funktionsträger meldeten, dass sie Informationen doppelt per Mail erhalten und baten aus unseren Informationsverteilern gestrichen zu werden.

Auch die Online-Angebote des dbb und der dbb Mitgliedsverbände wurden in den letzten Jahren immer vielfältiger.

Es wird zu den Aufgaben des neuen geschäftsführenden dbb Kreisvorstandes gehören, die Form der Weitergabe von Informationen weiterzuentwickeln und festzustellen, wo es Lücken gibt, die im Rahmen der örtlichen Gewerkschaftsarbeit geschlossen werden können. Interessenten, die keine Informationen erhalten und in den Verteiler des dbb Kreisverbandes Münster aufgenommen werden möchten, melden sich bitte per Mail an den dbb Kreisverband Münster.

3. Politische bzw. berufspolitische Arbeit

Vertreter des geschäftsführenden dbb Kreisvorstandes haben in den vergangenen Jahren immer wieder Gespräche mit Politikern geführt. Kontakte bestehen zum Beispiel zu den örtlichen Parteien in Münster, die den dbb Kreisvorstand regelmäßig zu Veranstaltungen einladen. Im Berichtszeitraum erfolgten Einladungen zu den Neujahrsempfängen der CDU und SPD und des SPD-Arbeitskreises im Regionalrat Münster.

Neben den allgemeinen Gesprächen fanden auch viele Treffen mit Politikern zu besonderen Anlässen und Themen statt. Hier sei als Beispiel die Räumung der Justizvollzugsanstalt Münster genannt. Weitere Informationen finden Sie unter dem Punkt Jahresrückblick 2017.



Der stellvertretende dbb Kreisvorsitzende Dr. Volkhard Riedel im Gespräch mit politischen Vertretern aus der Stadt Münster und dem Landtag NRW (Fotos BRH Münster von links Gespräche mit MdL Anna Boos, Bürgermeisterin der Stadt Münster Karin Reismann und NRW Minister Karl-Josef Laumann).

Zur berufspolitischen Arbeit gehört auch die Unterstützung von Protestmaßnahmen. Im Rahmen der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten erfolgten Demonstrationen in NRW. Obwohl die Organisation in den Händen der dbb Mitgliedsverbände lag, hat sich die Kooperation zwischen den dbb Mitgliedsgewerkschaften und dem dbb Münster bewährt. Es wurden z.B. über die DSTG, KOMBA, VBE und andere dbb Mitgliedsverbände Busse organisiert und finanziert, damit Gewerkschaftsmitgliedern kleinerer Gewerkschaften Mitfahrmöglichkeiten eröffnet werden konnten.



Protestmärsche der dbb Mitgliedsgewerkschaften (Fotos: KOMBA und DSTG)

Überörtliche Gewerkschaftsarbeit auf Landes- und Bundesebene

Die Mitglieder des geschäftsführenden dbb Kreisvorstandes leisten auf örtlicher Ebene Gewerkschafts- und/oder Personalratsarbeit. Vier Vorstandsmitglieder wurden in die Bezirks- bzw. Landesvorstände ihrer jeweiligen Fachgewerkschaft gewählt und sind somit auch auf Landesebene tätig. Helmo Baltes ist stellvertretender Vorsitzender der GdV NRW. Meik Bruns wirkt als PhV-Bezirksvorsitzender auf Orts-, Bezirks- und Landesebene mit und ist Mitglied des Hauptpersonalrates beim Schulministerium NRW. Anusch Melkonyan ist stellv. Landesvorsitzende der KOMBA, stellv. Vorsitzende des LWL- Gesamtpersonalrates LWL und Mitglied im Bundes- und Landeshauptvorstand des dbb. Dr. Volkhard Riedel engagiert sich in vielfältiger Weise im Bereich des dbb, BRH und anderer Seniorenorganisationen. Lisa Bethge war von 2005 bis 2016 Mitglied der dbb Bundestarifkommission, die die jährlichen Tarifverhandlungen für den dbb führt.



KOMBA-Landesvorstands-Mitglied Anusch Melkonyan im Gespräch mit Innenminister Herbert Reul



PhV-Bezirksvorsitzender Meik Bruns im Gespräch mit MdL Alexander Brockmeier. Fotos: KOMBA NRW, PhV NRW, BRH NRW



BRH-Landesvorstandsmitglied Dr. Volkhard Riedel aktiv im BRH und im Bereich der Senioren

Mitglieder des geschäftsführenden dbb Kreisvorstandes nehmen auch als Delegierte an Gewerkschaftstagen des dbb und seiner Mitgliedsverbände, sowie an den jährlich stattfindenden dbb Jahrestagungen teil.

Neutralität und parteipolitische Arbeit

In ihrer Funktion als Gewerkschafter/in bzw. Personalratsmitglied agieren die Mitglieder des geschäftsführenden dbb Kreisvorstandes parteipolitisch neutral. Darüber hinaus gibt es Mitglieder des geschäftsführenden dbb Kreisvorstandes, die Mitglied einer politischen Partei sind und sich zum Beispiel kommunalpolitisch engagieren bzw. politische Netzwerke innerhalb des dbb knüpfen. Auf Bundesebene gibt es Netzwerke von dbb Funktionsträgern, die der CDU und SPD angehören.



Fotos: Josef Holtvogt CDU/CDA Landesverband Oldenburg/Niedersachsen

Geschäftsbericht 2013 - 2018 – dbb Kreisverband Münster

Verantwortlich: Michael-Franz Knobloch (Vorsitzender bis zum 13.02.2019)

Mail: dbb-ms@t-online.de - Internet: www.dbb-nrw.de

Zusammenarbeit und Kooperationen mit anderen Organisationen

Seit dem Jahr 2012 lädt der Bischof zu Münster Felix Genn zu einem Arbeitnehmervertreter-Treffen ein. Das Bistum, das Franz-Hitze-Haus, der dbb Münster, der DGB Kreisverband Münster und die Vertretung der kirchlichen Personalräte haben eine gemeinsame Arbeitsgruppe gebildet, die die Planung und Durchführung übernehmen. Die Veranstaltungsreihe, die jährlich stattfindet, ist inzwischen so erfolgreich, so dass im Jahr 2018 erstmals Absagen erteilt werden mussten. Bis zu 300 Gewerkschafter/innen, sowie Personal- und Betriebsräte haben Jahr für Jahr an den jeweiligen Veranstaltungen teilgenommen.



Der dbb im Gespräch mit Bischof Genn und dem damaligen MdL Thomas Sternberg (Foto dbb KV MS)



AN-Vertreter-Treffen 2018 im Franz-Hitze-Haus Münster (Foto: Akademie FHH)

Kooperationspartner mit Unternehmen, die im dbb Vorsorgewerk mitarbeiten

Der Deutsche Beamtenbund hat im Jahr 2001 ein Vorsorgewerk gegründet und arbeitet mit Unternehmen aus der Banken- und Versicherungswirtschaft zusammen. Ziel ist es den Mitgliedern in den dbb Mitgliedsverbände günstige Konditionen zu Bankkonten und Versicherungsverträgen zu ermöglichen. Der geschäftsführende dbb Kreisvorstand pflegt hier insbesondere Kontakte zur Nürnberger Versicherung und zur BB Bank. Weitere Informationen findet man im Internet unter den Begriffen dbb Vorsorgewerk und dbb Vorteilswelt.

Neue Kooperationspartner

Der geschäftsführende dbb Kreisvorstand bemüht sich um weitere Kooperationen. So fand am 17.12.2018 ein Gespräch mit dem Zentrum für Lehrerbildung (ZfL) in Münster statt. Das Institut gehört zum Geschäftsbereich der Universität Münster. Ziel ist es, dass sich zum Beispiel Gewerkschaften bei Informationsveranstaltungen des ZfL präsentieren können.

Rückblick auf das Jahr 2013

Beamtenbesoldung - Wortbruch der NRW-Landesregierung

Die Tarifverhandlungen (TV-L) 2013 konnten mit gutem Erfolg zum Abschluss gebracht werden. Aufgrund der Äußerungen von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und Finanzminister Norbert Walter-Borjans vor der Landtagswahl bestand die Hoffnung, dass das Tarifiergebnis in vollem Umfang auf die Beamten übertragen wird. Am 18.03.2013 teilte die Landesregierung mit, dass nur die Besoldungsgruppen bis A 10 die volle Lohnerhöhung erhalten. Die Gruppen A 11 und A 12 erhalten jeweils 1,0 Prozent Gehaltserhöhung. Darüber hinaus gibt es für zwei Jahre eine Nullrunde. Sowohl die Form des Besoldungsgesetzes, das als verfassungswidrig eingestuft wurde, als auch die Art und Weise des Wortbruchs löste massive Wut unter den Beschäftigten aus. Der DBB NRW und seine Fachgewerkschaften veranstalteten daraufhin in vielen Städten Protestmaßnahmen - unter anderem in Brilon, Düsseldorf (3x), Erfstadt, Hamm, Hückeswagen, Köln (3x), Münster, Mettmann und Olpe. Tausende Kolleginnen und Kollegen haben sich hieran beteiligt. Auch die Online-Petition war mit mehr als 60.000 Unterzeichnern und die „1-Cent-Aktion“ mit 20.000 Beteiligten ein riesen-großer Erfolg. Die Protestdemo mit 10.000 Teilnehmern „Das letzte Hemd“ fand am Tag der Abstimmung über das geplante Besoldungsgesetz vor dem Landtag statt. Trotz des Protestes hielt die Rot-grüne Landesregierung an dem Gesetzentwurf fest und verweigerte so rund 80 % der Beamten die volle Übernahme des Tarifiergebnisses auf die Beamtenbesoldung.



Foto: DBB NRW



Foto: BRH NRW

Neuorganisation in der Finanzverwaltung

Seit dem 01.07.2013 gibt es für NRW nur noch eine Oberfinanzdirektion mit Hauptsitz Münster und einem weiteren Standort in Köln.

dbb Seniorenarbeit / BRH-Kreisverband Münster

Am 18.11.2013 wurde in Berlin erstmals der Bundesvorstand der dbb Seniorenvertretung gewählt. Vorsitzender wurde Wolfgang Speck. Aus NRW ist Klaus-Dieter Schulze (KOMBA-Gewerkschaft) als Beisitzer gewählt worden.

Der BRH NRW-Landesverband und BRH Kreisverband verlegte seine Geschäftsstelle zur neuen Adresse Münster, Im Sundern 26.

Rückblick auf das Jahr 2013 (Fortsetzung)

Streiks bei der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV)

Mit ersten Streikmaßnahmen machen die Beschäftigten der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung ihre Unzufriedenheit über die organisatorische Neuordnung der WSV deutlich. Ab dem 08.07.2013 wurden Kanalschleusen geschlossen. Der dbb unterstützt seine Fachgewerkschaft: „Eine funktionierende Infrastruktur ist die Grundlage für die deutsche Wirtschaft, das gilt auch und besonders für die Schifffahrtsstraßen. Umso erstaunlicher ist das politische Vorgehen, deren Verwaltung umzuorganisieren, ohne das Parlament und den Sachverstand der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften planvoll mit einzubeziehen“, sagte der damalige dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt auf dem Bundesvertretertag des Fachverbandes Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (FWSV) am 25. Juni 2013 in Berlin. Der Widerstand der Gewerkschaft führte dazu, dass erst im Jahr 2016 die Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung eingehend im Bundestag diskutiert und Änderungsanträge beschlossen wurden.

Rückblick auf das Jahr 2014

DBB-NRW-Gewerkschaftstag

Am 12 und 13. Mai 2014 fand der Gewerkschaftstag des DBB NRW statt. Hierbei wurde ein neuer Vorstand gewählt. Roland Staudte (KOMBA) wurde neuer DBB-Landesbunds-vorsitzender und trat die Nachfolge von Ralf Eisenhöfer an. Die Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) erteilte dem DBB NRW erneut eine Absage und nahm an dem Gewerkschaftstag nicht teil. Die Proteste des Vorjahres und eine anstehende Klage vor dem Verfassungsgerichtshof NRW verstimmten die NRW-Regierungschefin.



Der neugewählte Vorstand (von links): Stefan Behlau (VBE), Andreas Hemsing (KOMBA), Hubert Meyers (KOMBA), Andrea Sauer-Schnieber (DSTG), Marc Kleischmann (DSTG), Roland Staudte (KOMBA), Wolfgang Römer (BSBD), Jutta Endrusch (VBE), Elke Jansen (GdS), Andreas Bartsch (PhV), Erich Rettinghaus (DPolG), Jano Hillnhütter (dbb-jugend) und Guido Arens (VdLA). Foto: DBB NRW

Der nächste DBB NRW Gewerkschaftstag wird im Mai 2019 stattfinden.

Politische Arbeit im Vorfeld der Bundestagswahlen

Der dbb Münster und der BRH-Kreisverband führten eine Reihe von Informationsgesprächen mit den Kandidaten für die Bundestagswahl durch (u.a. mit Maria Klein-Schmeink (Grüne), Rüdiger Sagel (Linke), Jens Spahn (CDU) und Christoph Strässer (SPD)).

Rückblick auf das Jahr 2014 (Fortsetzung)

Einkommensrunde 2014 und Verfassungsklage gegen das Besoldungsgesetz 2013

Im Januar 2014 begannen die Tarifverhandlungen für die Tarifbeschäftigten Bund/Kommunen. Das Tarifiergebnis wurde nach massiven Protesten auf die Beamten in vollem Umfang übernommen. Am 18.03. fanden in Münster und am 27.03.2014 eine landesweite Protestdemonstration in Bochum statt.

In NRW verweigerte die rot-grüne Mehrheit der Landtagsabgeordneten 80 % der Landesbeamtinnen und Beamten eine Gehaltserhöhung. Die Beamtenschaft war wütend und auch beim dbb Kreisverband Münster meldeten sich viele Kolleginnen und Kollegen, die ihren Unmut in Telefongesprächen deutlich machten. Die Oppositionsparteien und die Gewerkschaften zogen vor das Verfassungsgericht NRW und siegten. Das Besoldungsgesetz 2013 wurde für verfassungswidrig erklärt. Die Landesregierung reagierte mit einer Haushaltssperre. Nach diesem Paukenschlag besann sich aber die Landesregierung und ging einen neuen Weg: Es fanden Besoldungsgespräche mit den Gewerkschaften statt und man einigte sich auf eine Übernahme des Tarifiergebnisses auf die Beamten. Auch in den Folgejahren fanden Besoldungsgespräche statt, die auch von der Nachfolge-Regierung unter Ministerpräsident Laschet (CDU) fortgeführt werden.

Viele Baustellen im öffentlichen Dienst

Auf Ebene des Landes NRW wurde über die Zukunft der Hochschulen und das sogenannte Hochschulzukunftsgesetz diskutiert. Die Laufbahnverordnung für Landes- und Kommunalbeamte wurde neugestaltet. Auf Bundesebene wurde über die Mütterrente und die fehlende Übernahme von Verbesserungen in das Beamtenrecht gestritten. Arbeitgeber und der Deutsche Gewerkschaftsbund forderten ein Tarifeinheitsgesetz, mit dem kleinen Gewerkschaften das Recht auf einen eigenen Tarifvertrag verweigert werden sollte. Und nicht zuletzt beklagten die Gewerkschaften die Ausweitung befristeter Arbeitsverhältnisse in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst. Innerhalb der letzten 10 Jahre stieg die Zahl der Befristungen um 100.000 auf rund 395.000 an.

Neue Wege im Schulbereich

Die Einführung der Inklusion an allen Schulen und der Weg zum Abitur nach acht Schuljahren (Stichwort: „G8“) führten zu Kritik unter Eltern, Schülern und den Lehrern. Schulleiter, die sich kritisch äußerten bekamen von der Landesregierung einen „Maulkorb“ verpasst, in dem man ihnen mit disziplinarischen Maßnahmen drohte. Ein neues Anmeldeverfahren für Münsters Schulen sorgte ebenfalls für Unmut und eine breite Diskussion in der Stadt.

Veränderungen im geschäftsführenden dbb Kreisvorstand

Der Kassierer des dbb Kreisverbandes Münster Christian Flaig trat von seinem Amt zurück. Helmo Baltes und Michael-Franz Knobloch erklärten sich bereit die Aufgabe zu übernehmen.

Rückblick auf das Jahr 2015

Krieg, Hunger, Flüchtlinge

Ein Thema bestimmte das Jahr 2015. Millionen Menschen sind auf der Flucht. Rund eine Million Flüchtlinge (überwiegend aus Syrien) kamen nach Deutschland. Der Einsatz der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, wo zehntausende freiwillig Überstunden leisteten und der Einsatz hunderttausender ehrenamtlich engagierter Bürgerinnen und Bürger zeigten, dass unser Land auch unter schwierigsten Bedingungen große Herausforderungen meistern kann. Die Situation polarisierte aber auch die Gesellschaft. Die einen, die helfen wollten und die die „Willkommenskultur“ gestalteten und die anderen, die Ängste und Abneigungen gegen die Zuwanderung äußerten. Das Ansehen des öffentlichen Dienstes stieg und die Politik erkannte, dass nach 25 Jahren des Sparens nun wieder in Personal und Ausstattung investiert werden muss. In vielen Bereichen wurden die Einstellungszahlen massiv erhöht. Ordentliche Tarifabschlüsse und die volle Übernahme der Gehaltserhöhung auf die Beamten waren nun selbstverständlich.



Themen des öffentlichen Dienstes und die Flüchtlingswelle. Mitglieder aus den dbb Mitgliedsverbänden beim Gespräch mit Kanzleramtsminister Peter Altmeier (Foto: CDA)

Tarifeinheitsgesetz und Streiks bei der Deutschen Bahn und der Lufthansa

Am Ende setzten sich der Bund der Arbeitgeber und der Deutsche Gewerkschaftsbund durch. Der Bundestag beschloss das umstrittene Tarifeinheitsgesetz. In einem Betrieb soll nur noch die mitgliederstärkste Gewerkschaft das Recht haben, einen Tarifvertrag abzuschließen. Das vom Grundgesetz garantierte Recht der Koalitionsfreiheit und die Rechte kleinerer Gewerkschaften wurden durch die große Koalition in Frage gestellt.

14	++ Zug fällt aus! ++
13	++ Zug fällt aus! ++
+++	GDL Streik +++

Foto: GdL

Die Vorstände der Deutschen Bahn AG und der Lufthansa hofften die kleinen Gewerkschaften los zu werden. Doch die Lokomotivführer-Gewerkschaft im dbb und die Vereinigung Cockpit wehrten sich erfolgreich. Nach zweijährigen Tarifverhandlungen und vielen Streiks wurden diese von den Gewerkschaften erfolgreich beendet. Und gegen das Tarifeinheitsgesetz wurde beim Bundesverfassungsgericht Klage erhoben.

Rückblick auf das Jahr 2016

Personalratswahlen

In vielen Landesbehörden werden die Personalräte gewählt. Für viele dbb Mitgliedsverbände im Land, aber auch in Münster, werden sehr gute Wahlergebnisse erzielt und viele Personalratssitze geholt.

Justizvollzugsanstalt Münster (JVA MS)

Am 06. Juli 2016 wurde die Leitung und die Belegschaft der JVA MS darüber informiert, dass aufgrund baulicher Mängel die Hafthäuser innerhalb von zwei Tagen geräumt werden müssen. Die Gewerkschaft des Strafvollzuges im dbb (BSBD) und der Personalrat kritisieren das Vorgehen des Bau- und Liegenschaftsbetriebes (BLB NRW) massiv, konnten aber an der „Hauruck-Aktion“ nichts ändern. Der Vermieter BLB stufte einen kleinen Teilbereich der JVA als einsturgefährdet ein. Das Justizministerium als Mieter reagierte: Die Straf- und Untersuchungsgefangenen wurden innerhalb von 48 Stunden innerhalb des Landes NRW an andere JVA verlegt. Die Zweiganstalt Coesfeld der JVA MS wird, nach der Schließung 6 Monate zuvor, innerhalb von 24 Stunden wieder aktiviert und in einem Nebengebäude können ca. 40 Gefangene zu Anfang untergebracht werden. Für den Erhalt der JVA MS eine „lebensrettende“ Maßnahme, hatte man beim BLB die ZWA und dies Nebengebäude scheinbar nicht in den Schließungsplanungen berücksichtigt. Die ganze Aktion führte zu einer kaskadenförmigen Abordnungskette, die weit über 200 Vollzugsbedienstete im ganzen Land betraf.

Der BSBD Ortsverbandsvorsitzende und gleichzeitig Personalrat Achim Hirtz begann einen Kampf, der von den Beschäftigten und dem dbb Kreisverband unterstützt wurde. Auf einen offenen Brief bekommt er im Rahmen einer von ihm gesetzten Frist innerhalb von 48 Stunden medienwirksam Stellungnahmen der beteiligten Behörden, der Stadt, dem Ministerium und dem BLB. Ebenfalls auf Initiative des BSBD und des Personalrates kommt erstmals ein „runder Tisch“ zusammen, an dem alle Parteien über die Zukunft und die Grundstückssuche für eine neue JVA Münster diskutieren.



Achim Hirtz
(Foto BSBD NRW)

Jede politische Veranstaltung auf kommunaler und auf Landesebene, Social Media und die Gespräche mit Justizministerium NRW, BLB und Stadt wurden dazu genutzt, sich für die Kolleginnen und Kollegen einzusetzen. Letztlich führt die Beharrlichkeit dazu, dass Stand heute, ein Hafthaus, das Nebengebäude und auch die ZWA Coesfeld weiter betrieben werden und mit Gefängnisinsassen belegt sind. Dadurch sind, bis auf 10 Kolleginnen und Kollegen, die meisten Beschäftigten wieder zur JVA Münster zurückgekehrt. Zwischenzeitlich konnte auch der Grundstückskauf in Münster-Wolbeck für eine neue JVA abgewickelt werden und in den jeweiligen Gremien wird das Projekt „JVA Münster“ auf Hochtouren geplant. Nun könnte es vielleicht losgehen. Doch schon kurz nach der öffentlichen Bekanntmachung begannen Bündnis 90/Die Grünen und zwei Bürgerinitiativen mit Protesten gegen den Neubau im Stadtteil MS-Wolbeck.

Fazi: Der engagierte Einsatz des BSBD in Verbindung mit dem dbb Kreisverband, den Personalräten und den Beschäftigten ist ein sehr gutes Beispiel, dass Gewerkschafts- und Personalratsarbeit von einer hohen Bedeutung und Erfolg geprägt ist.

Rückblick auf das Jahr 2016 (Fortsetzung)

Dienstrechtsreform in NRW

Über viele Jahre wurde diskutiert, beraten und Vorschläge gemacht. Im Juni 2016 war es dann endlich soweit. Der Landtag NRW beschloss das Dienstrechtsreformgesetz. Der DBB NRW und seine Mitgliedsverbände konnten viele Änderungen erreichen. Auch wenn nicht alle Forderungen der Gewerkschaften umgesetzt wurden, so weist das neue Gesetz in die richtige Richtung.

Zu den Änderungen gehören:

- Einführung von zwei Laufbahngruppen (bislang vier - Zusammenlegung gehobener und höherer Dienst und Abschaffung des einfachen Dienstes)
- Umbenennungen im Bereich A 12 / A 13 (Regierungsräte, Oberregierungsräte)
- Frauenförderung (§ 19 (6) LBG)
- Anspruch auf Fortbildung
- Urlaubs- und Freistellungsregelungen
- Wiedereinführung Jubiläumszuwendung durch neue Rechtsverordnung
- Umbenennung der allgemeinen Stellenzulage in Strukturzulage
- Einbau der Sonderzahlung ab dem 01.10.2017 in das Grundgehalt
- Verjährungsregelungen (generell drei Jahre)
- Landesversorgungsgesetz und Ruhegehaltsfähigkeit von Zulagen.

Neue Beihilfeordnung NRW

Zum 01.01.2016 trat die neue BVO NRW in Kraft. Vorsorgeuntersuchungen fallen nun unter die Kostendämpfungspauschale und werden von der Beihilfe NRW nicht erstattet. Eigentlich sollte die Durchführung von Vorsorgeuntersuchungen im Eigeninteresse des Dienstherrn liegen, denn dadurch können teure Behandlungen und vor allem lange Fehlzeiten vermieden werden. Mit den aktuellen Änderungen bei der Beihilfe zeigt sich die Landesregierung aber alles andere als vorausschauend. Der DBB NRW hatte diesen Punkt bereits im Vorfeld als völlig unverständlich und kontraproduktiv kritisiert. Als Grund für die Ablehnung wurde die Tatsache angeführt, dass es kaum Fälle gäbe, bei denen in einem Jahr ausschließlich Vorsorgeuntersuchungen gemacht würden. Entsprechend hätte die Übertragung der Kostendämpfungspauschale keine realen Auswirkungen für die Beamtinnen und Beamten. Eine weitere Änderung bei der Kostendämpfungspauschale ist, dass nun für deren Einbehalt nicht mehr das Datum der Aufwendung entscheidend ist, sondern das Rechnungsdatum. Hat eine Behandlung beispielsweise im Dezember 2015 stattgefunden, die Rechnung ist jedoch auf Januar 2016 datiert, so wird die Kostendämpfungspauschale für das Jahr 2016 abgezogen. Daneben bringt die neue BVO auch positive Änderungen. So ist die Voranerkennung bei Zahnimplantaten nun nicht mehr notwendig, denn es werden Aufwendungen für höchstens zehn Implantate pauschal bis zu 1.000 Euro beihilfefähig.

Rückblick auf das Jahr 2016 (Fortsetzung)

Landesamt für Besoldung vor Ort

Das LBV NRW veranstaltet dezentrale Informationsveranstaltungen. In den Jahren 2016 bis 2018 fanden auch in Münster Vorträge zu Themen wie Beihilfe und Pflege statt. Informationen zu den Terminen findet man auf der Homepage des Landesamtes.

Neues Dienstgebäude in Münster

Der BLB NRW errichtete innerhalb von dreieinhalb Jahren ein neues Dienstgebäude für die Oberfinanzdirektion NRW mit Hauptsitz in Münster. Am Albersloher Weg entstand für rund 48 Millionen Euro ein Neubau für ca. 500 Beschäftigte.

LPVG-Kommentar



Kommentare zum Landespersonalvertretungsgesetz NRW gibt es mehrere. Zum Teil sind diese sehr teuer. Eine preisgünstige Alternative veröffentlichte im Jahr 2016 der dbb Verlag. Der Kommentar wurde verfasst von Hans-Jürgen Schnieber (DSTG), der über viele Jahre Vorsitzender des Hauptpersonalrats beim Landesfinanzministerium NRW war.

Foto: dbb Verlag

Veränderungen im geschäftsführenden dbb Kreisvorstand Münster

Aus beruflichen Gründen legte Rogar Schnieders (BSBD) sein Amt als Beisitzer nieder. Im Rahmen der Vorstandssitzung dankte der Vorstand dem Kollegen Schnieders für seine engagierte Mitarbeit.

Rückblick auf das Jahr 2017

Seit 58 Jahren beginnt das Jahr für den Deutschen Beamtenbund und seine Mitgliedsverbände mit der dbb Jahrestagung. Rund 1.000 Teilnehmer aus Behördenleitungen, Personalräte, Gewerkschafter/innen aus dem Bereich des dbb und Vertreter der Politik treffen sich zum Austausch zu aktuellen Themen. In diesem Jahr konnte die dbb Bundesleitung mit der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel einen besonderen Gast begrüßen. In ihrer Rede beschrieb Frau Merkel den Fahrplan für das Regierungshandeln der großen Koalition.



Angela Merkel zu Gast bei der dbb Jahrestagung 2017 in der Köln-Messe (Foto: dbb Bundesleitung)

Rückblick auf das Jahr 2017 (Fortsetzung)

Arbeitnehmerempfang der Landesregierung

Seit vielen Jahren veranstaltet die NRW-Landesregierung einen Arbeitnehmerempfang, der kurz vor dem Tag der Arbeit stattfindet. Eingeladen sind Gewerkschafter/innen, Betriebs- und Personalräte. Der Deutsche Gewerkschaftsbund benennt rund 90 Prozent der Teilnehmer. Der dbb Kreisvorstand Münster kritisiert seit Jahren, dass die Zahl der Vertreter aus den dbb Mitgliedsgewerkschaften höher sein müsste.



Mitglieder der dbb Kreisverbände Euskirchen und Münster im Gespräch mit der damaligen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft

Foto: dbb KV Euskirchen

Der Arbeitnehmerempfang ist eine wichtige Veranstaltung, bei der man sich mit den verschiedenen Gruppen aus Politik und Gewerkschaften austauschen kann. Es ist schön, dass die neue schwarz-gelbe Landesregierung diese Tradition fortsetzt.

Landtagswahlen in NRW bringen Regierungswechsel

Noch wenige Tage vor den Wahlen meinten die Meinungsforscher, dass die rot-grüne Landesregierung ihre Arbeit in NRW fortsetzen kann. Am 14. Mai 2017 wählten die Bürgerinnen und Bürger mit hauchdünner Mehrheit von nur einem Parlamentssitz eine schwarz-gelbe Koalition von CDU und FDP unter der Führung des neuen Ministerpräsidenten Armin Laschet. Beide Parteien erarbeiteten zügig einen Koalitionsvertrag und bildeten die Regierung. Der dbb Kreisvorstand beschäftigte sich bereits im Juni 2017 mit dem Vertrag. Positiv wurde das Bekenntnis der Regierungsparteien zum öffentlichen Dienst, dem Berufsbeamtentum und zur Optimierung des Beihilfensystems bewertet. Nicht klar umrissene Pläne für einen Bürokratieabbau und der Digitalisierung (Stichwort: Digitaldividende) wurden von den anwesenden dbb Kreisvorstandsmitgliedern kontrovers diskutiert. Die neue Landesregierung beschloss als eine der ersten Maßnahmen eine geänderte Ressortverteilung. Neu wurde das Ministerium für Heimat, Kommunales Bau und Gleichstellung eingerichtet. Das Landesinnenministerium NRW verlor eine Vielzahl von Zuständigkeiten. Themen, wie E-Gouvernance und der Bereich Informationstechnik (z.B. Behörde IT NRW) wechseln zum Beispiel in den Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft.

Bertelsmann-Studie zum Thema Beihilfe

Die Bertelsmann-Stiftung beschäftigt sich mit einer Vielzahl von Themen und erstellt hierzu auch Studien. Die neue Studie zur Beihilfe strotzt vor Fehlern und falschen Annahmen. Die Bertelsmann-Stiftung sieht aufgrund steigender Kosten die Notwendigkeit das Beihilfesystem zu verändern. Dabei werden Krankenkosten und die Kosten für die Pflege miteinander vermischt und falsche Schlüsse gezogen. Das von der Stiftung entwickelte Modell ist illusorisch, weil es unter anderem davon ausgeht, dass viele Beamte auf ihren Beihilfeanspruch verzichten und sich anderweitig absichern. In einem Leserbrief in den Westfälischen Nachrichten hat der dbb Kreisvorsitzende Michael-Franz Knobloch gegen die Studie Stellung bezogen.

Rückblick auf das Jahr 2017 (Fortsetzung)

Deutscher Beamtenbund gegen die Einführung einer Bürgerversicherung

dbb Bundesvorsitzender Klaus Dauderstädt hat in mehreren Interviews und bei mehreren Veranstaltungen noch einmal klar Position gegen die Bürgerversicherung und eine Abschaffung der privaten Krankenversicherungen bezogen. Im Vorfeld der Bundestagswahlen bezeichnete er Studien, wie die der Bertelsmann-Stiftung als Unfug. Ein anderes System kostet Milliarden Euro mehr und führt zu Nachteilen auch für die gesetzlich Versicherten.

Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Tarifeinheitsgesetz

Am 11.07.2017 wurde das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes verkündet, dass das Tarifeinheitsgesetz teilweise für verfassungswidrig erklärt hat. Das Gericht fordert den Gesetzgeber auf, das Gesetz bis zum 31.12.2018 zu verändern und die Rechte kleinerer Gewerkschaften durch eine Gesetzesänderung sicherzustellen. Ein ausführlicher Bericht siehe Rückblick auf das Jahr 2018.

Beförderungen von Beamtinnen in NRW - § 19 (6) LBG verfassungswidrig

Seit Mitte 2016 wurden weibliche Beamte in NRW bei gleicher Eignung und Leistung bevorzugt befördert. Das Oberverwaltungsgericht NRW hat nun entschieden, dass das gegen den Grundsatz der Bestenauslese verstößt und deshalb verfassungswidrig ist. Die seit dem 1. Juli 2016 im nordrhein-westfälischen Landesbeamtengesetz enthaltene Vorschrift zur Frauenförderung ist nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. Dies hat das OVG NRW am Dienstag in sechs Musterverfahren entschieden (Urt. v. 21.02.2017, Az. 6 B 1109/16). Beförderungsentscheidungen können danach nicht auf die Neufassung des § 19 Abs. 6 Landesbeamtengesetz (LBG) NRW gestützt werden, weil diese den verfassungsrechtlichen Grundsatz der Bestenauslese verletze. Mehrere Verwaltungsgerichte hatten Eilanträgen von im Beförderungsverfahren unterlegenen Männern stattgegeben und dem Dienstherrn vorläufig untersagt, die ausgewählten Frauen zu befördern. Die dagegen eingelegten Musterbeschwerden des Landes Nordrhein-Westfalen, die Beförderungsentscheidungen verschiedener Landesbehörden betreffen, hat das OVG nun zurückgewiesen. Dabei unterliege § 19 Abs. 6 Satz 2 LBG NRW keinen rechtlichen Bedenken. Nach dieser Vorschrift sind Frauen bei im Wesentlichen gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung bevorzugt zu befördern, sofern nicht in der Person eines Mitbewerbers liegende Gründe überwiegen. Verfassungswidrig sei jedoch § 19 Abs. 6 Satz 3 LBG NRW, wonach von einer im Wesentlichen gleichen Qualifikation bereits auszugehen ist, wenn die aktuelle dienstliche Beurteilung der Frau und des Mannes ein gleichwertiges Gesamturteil aufweist. Ein so reduzierter Qualifikationsvergleich verstoße gegen das in Art. 33 Abs. 2 Grundgesetz (GG) verankerte Gebot der Bestenauslese. Dieses gebiete, dass der bzw. die für das Beförderungsamts am besten geeignete Bewerber ausgewählt werde.

Die neue Landeregierung änderte daraufhin das Gesetz, um wieder Rechtssicherheit zu geben.

Rückblick auf das Jahr 2017 (Fortsetzung)

60 Jahre dbb Jugend Nordrhein-Westfalen

60 Jahre und Jugend - das passt auf den ersten Blick nicht zusammen. Und doch feierte die dbb jugend nrw ihr rundes Jubiläum in Bergisch-Gladbach so jung und frisch wie lange nicht. Wie ein Verband es schafft, über so viele Jahre nicht an Schwung und Innovation zu verlieren, das ließen sich Gewerkschafter, Politiker und Freunde von nah und fern beim dbb Landesjugendtag, wie einen Geburtstagskuchen auf der Zunge zergehen. Geburtstag ist Partytime. Neben dem Feiern nutzten die rund 150 Mitglieder, Politiker und Ehrengäste der dbb jugend nrw das runde Jubiläum nicht nur für den Blick zurück, sondern auch für einen ins Hier und Jetzt.



Fotos: dbb jugend nrw



Neue dbb Landesjugendleitung NRW

Die Delegierten des dbb Landesjugendtages feierten nicht nur, sondern es wurden auch Anträge beschlossen und eine neue dbb Landesjugendleitung gewählt. Nach acht Jahren in der Landesjugendleitung und vier Jahren als Vorsitzendem stellte sich Jano Hillnhütter (DSTG) auf dem 19. Landesjugendtag der dbb jugend nrw nicht mehr zur Wahl. Er übergab den Staffelstab an seinen Nachfolger Moritz Pelzer (komba). Der bekam mit einer überwältigenden Mehrheit (69 von 70 Stimmen) von den anwesenden Delegierten das Vertrauen ausgesprochen. Neben ihm bewarb sich Jennifer Ferdinand (vdla-jugend) erneut um eine Position in der Landesjugendleitung. In der Vergangenheit war sie dort seit Herbst 2016 als Beisitzerin aktiv. Nun bot sie sich an, die Position der stellvertretenden Vorsitzenden mit den Aufgaben des Schatzmeisterin zu übernehmen und bekam von den Delegierten ebenfalls 69 Ja-Stimmen. Für die übrigen drei Plätze in der Landesjugendleitung, allesamt gleichberechtigte Stellvertreter-Posten, bewarben sich gleich sechs Interessenten. Durchsetzen konnten sich am Ende Sebastian Schallau (komba), Marcel Huckel (Junge Polizei) und Teresa Froitzheim (DSTG). Lisa Friedrich und Thies Klüsener von der KOMBA Fachgruppe LWL haben für die dbb Kreisjugendgruppe Münster als Gastdelegierte am Landesjugendtag teilgenommen. Der dbb Kreisvorstand hat die Hoffnung, dass auch wieder in Münster eine dbb Kreisjugendgruppe entstehen wird.

Änderungen im dbb Kreisvorstand

Aufgrund Krankheit hat der dbb Kreisvorsitzende Michael-Franz Knobloch im Oktober 2017 die beiden Stellvertreter gebeten, seine Aufgaben zu übernehmen.

Rückblick auf das Jahr 2017 (Fortsetzung)

Gewerkschaftstag des Deutschen Beamtenbundes

Vom 19. - 21.11.2017 fand in Berlin der dbb Gewerkschaftstag statt. Alle fünf Jahre tagt das höchste Gremium des dbb. Hier wurde die neue dbb Bundesleitung gewählt und über 780 Anträge beraten und beschlossen, mit denen die inhaltliche Arbeit des Deutschen Beamtenbundes für die nächsten fünf Jahre ausgerichtet wurde. Aus dem Bereich Münster nahmen 11 Vertreter aus den dbb Mitgliedsgewerkschaften als Delegierte bzw. Gastdelegierte teil. Die Antragsberatung erfolgte in sieben Foren am Sonntag. Somit mussten sich die Delegierten entscheiden, zu welchen Themenblöcken (z.B. Organisationsfragen, Berufspolitik, Tarifpolitik, Soziales, usw.) sie welches Forum besuchen wollten. Am letzten Veranstaltungstag wurden dann die Anträge in Blockabstimmungen ohne größere Diskussion behandelt.

Am 20.11.2017 erfolgte die Wahl der dbb Bundesleitung. Nachfolger von Klaus Dauderstädt im Amt des dbb Bundesvorsitzenden wurde sein bisheriger Stellvertreter Ulrich Silberbach (KOMBA). Zum neuen stellv. dbb Bundesvorsitzenden Fachvorstand Beamte wurde der bisherige Landesvorsitzende des Niedersächsischen Beamtenbundes (NBB) Friedhelm Schäfer und zum stellv. dbb Bundesvorsitzenden Fachvorstand Tarifpolitik der ehemalige Bundesvorsitzende der DPV-KOM Volker Geyer gewählt. Gemäß dbb Satzung traten alle drei Gewählten von Ihren Ämtern als KOMBA-Bundesvorsitzender, NBB-Landesvorsitzender bzw. DPV-KOM-Bundesvorsitzender zurück. Darüber hinaus wurden Jürgen Böhm (Verband Deutscher Realschullehrer VDR), Thomas Eigenthaler (Deutsche Steuer-Gewerkschaft DSTG), Astrid Hollmann (VRFF - Die Mediengewerkschaft), Kirsten Lüthmann (Deutsche Polizeigewerkschaft DPolG), Maik Wagner (Gewerkschaft der Sozialversicherung GdS) und Claus Wesselsky (Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer GDL) in die dbb Bundesleitung gewählt.

Die neugewählte dbb Bundesleitung (von links: Jürgen Böhm, Thomas Eigenthaler, Astrid Hollmann, Maik Wagner, Ulrich Silberbach, Claus Wesselsky, Volkhard Geyer, Kirsten Lüthmann und Friedhelm Schäfer

Foto: dbb Bundesleitung



Aufgrund der laufenden Koalitionsverhandlungen zur Bildung einer neuen Bundesregierung waren die Spitzenpolitiker aus den im Bundestag vertretenden Parteien bei der öffentlichen Veranstaltung des dbb Gewerkschaftstages nicht anwesend.

Rückblick auf das Jahr 2018

Bundestagswahlen und der lange Weg zur Bildung einer Bundesregierung

Am 24. September 2017 wählten die Deutschen den neuen Bundestag. CDU und SPD verloren hohe Stimmenanteile. Die SPD lehnte Koalitionsverhandlungen ab. So kam es zu Sondierungsgesprächen zwischen CDU, CSU, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP. Am 19. November 2017 beendete der FDP-Bundesvorsitzende Christian Lindner die Verhandlungen mit dem inzwischen legendären Satz: Es ist besser nicht zu regieren, als falsch zu regieren!“ Wie sollte es nun weitergehen? Neuwahlen? Der Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier übernahm die Initiative und forderte CDU, CSU und SPD zu Gesprächen auf. Am 27. Januar 2018 ging es los und am 7. Februar 2018 wurde per Vertrag die Fortsetzung der großen Koalition besiegelt. Nach fünf Monaten konnte endlich eine Bundesregierung gebildet werden.

Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst

Egoismus, Gewaltbereitschaft und mangelnder Respekt führen dazu, dass jeden Tag Beschäftigte des öffentlichen Dienstes angegriffen, beleidigt und verletzt werden. Der dbb und die dbb Mitgliedsverbände helfen den betroffenen Kolleginnen und Kollegen und suchen mit den Arbeitgebern nach Lösungen, wie die Beschäftigten besser geschützt werden können. Schutzwesten und Bodycams für Polizisten, Handlungsempfehlungen für Lehrer, erarbeitet von der Bezirksregierung Münster, und nicht zu letzt Fachtagungen und Fortbildungsveranstaltungen, sind nur einige Beispiele.



Große Aufmerksamkeit genießt auch die von der dbb jugend NRW gestaltete Homepage www.angegriffen.info. Hier werden unter anderem aktuelle Fälle dokumentiert. Die Initiative wurde in den letzten beiden Jahren mit drei Medienawards ausgezeichnet.

Foto: dbb jugend NRW

Im Januar 2018 fand eine Ausstellung zu diesem Thema im Institut der Feuerwehr NRW in Münster statt. Initiator war der Landesverband NRW der KOMBA-Gewerkschaft. Der dbb und seine Mitgliedsverbände wird diese Arbeit weiter fortsetzen.

EU Datenschutz-Grundverordnung

Am 14. April 2016 beschloss das Europa-Parlament die EU-Datenschutz-Grundverordnung. Zwei Jahre nahm in Deutschland niemand Kenntnis von der Neuregelung. Ab dem 25. Mai 2018 galt sie auch hier und führte zu großer Verunsicherung, besonders bei Unternehmen, Vereinen, Institutionen und nicht zuletzt auch bei den Gewerkschaften. Handlungshilfen und Schulungen waren nun erforderlich.

Rückblick auf das Jahr 2018 (Fortsetzung)

Besoldungs- und Tarifdschungel Deutschland.

Mit der Föderalismus-Reform der Jahre 2005/2006 wurde die bundeseinheitliche Beamtenbesoldung aufgegeben und den Bundesländern das Recht gegeben, die Besoldung und Versorgung selbstständig zu regeln. Der Deutsche Beamtenbund warnte vor den Folgen, die nun nach 12 Jahren klar erkennbar sind. Die Lohn- und Gehaltsunterschiede zwischen dem Bund, den Ländern und Kommunen, sowie den Tarifbeschäftigten in den einzelnen Gebietskörperschaften werden immer größer. Gleichzeitig hat der Kampf um die „besten Köpfe“ begonnen. Und so liest man zum Beispiel in den Medien Schlagzeilen, wie „Thüringen versucht Lehrerinnen und Lehrer aus Baden-Württemberg abzuwerben.“

Jahr	Tarif-Forderung	Bundes-beamte	Beamte in NRW	TVöD	TdL West	Gehalts-entwicklung Privat-wirtschaft	Inflations-Rate
2010	+ 5,0 %	+ 1,2 %	+ 1,2 %	+ 1,2 %	+ 1,2 %	+ 2,9 %	+ 1,3 %
2011	+ 3,0 %	+ 0,8 %	+ 1,5 %	+ 0,8 %	+ 1,5 %	+ 4,7 %	+ 2,0 %
2012	+ 6,5 %	+ 3,3 %	+ 1,9 %	+ 3,5 %	+ 1,9 %	+ 4,1 %	+ 2,0 %
2013	+ 6,5 %	+ 2,1 %	+ 2,65 %	+ 1,9 %	+ 2,65 %	+ 3,0 %	+ 1,4 %
2014	+ 3,5 %	+ 2,8 %	+ 2,95 %	+ 3,0 %	+ 2,95 %	+ 3,9 %	+ 0,2 %
2015	+ 5,5 %	+ 2,2 %	+ 1,9 %	+ 2,4 %	+ 2,1 %	+ 4,0 %	+ 0,3 %
2016	+ 6,0 %	+ 2,2 %	+ 1,9 %	+ 2,4 %	+ 2,3 %	+ 4,0 %	+ 1,7 %
2017	+ 6,0 %	+ 2,15 %	+ 1,8 %	+ 2,35 %	+ 2,0 %	+ 4,3 %	+ 1,6 %
2018	+ 6,0 %	+ 3,0 %	+ 2,35 %	+ 3,2 %	+ 2,35 %	+ 2,6 %	+ 1,7 %

Statistik erstellt vom dbb Kreisverband Münster an Hand von Daten des Statistischen Bundesamtes und dem Deutschen Beamtenbund.

Die Übersicht zeigt die Unterschiede, die sich seit dem Jahr 2010 entwickelt haben. Und es ist auch erkennbar, dass der öffentliche Dienst seit Jahrzehnten das Lohn- und Gehaltsniveau der Privatwirtschaft nicht erreichen kann. Dies wirkt sich im Hinblick auf den Fachkräftemangel und die Nachwuchsgewinnung negativ aus. Auch das Bundesverfassungsgericht beschäftigt sich seit dem Jahr 2005 mit der Frage, ob die Beamtenbesoldung in den einzelnen Bundesländern verfassungsgemäß ist. Am 07.05. 2015 hat das Bundesverfassungsgericht erstmals Grundsätze zur Verfassungsmäßigkeit der Richterbesoldung aufgestellt. Diese Grundsätze werden seitdem auch bei Verfassungsklagen, die die Höhe der Beamtenbesoldung betreffen, angewendet. In den vergangenen zwei Jahren haben die Richter des höchsten deutschen Gerichtes die Besoldungsgesetze der Länder Berlin (Oktober 2017), Baden-Württemberg (November 2018), Niedersachsen (Dezember 2018) und Sachsen (Juli 2017) in bestimmten Punkten für verfassungswidrig erklärt. Für den Deutschen Beamtenbund gilt die gleiche Meinung, wie im Jahr 2005. Die Besoldung der Beamtinnen und Beamten muss den Grundsätzen der Verfassung entsprechen. Massive Lohn- und Gehaltsunterschiede nutzen weder dem Staat noch den Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Deswegen fordern wir die Wiedereinführung einer einheitlichen Bezahlung im öffentlichen Dienst in Deutschland.

Rückblick auf das Jahr 2018 (Fortsetzung)

Bundestag ändert Tarifeinheitsgesetz

Die Große Koalition hat die im Tarifeinheitsgesetz enthaltene Regelung zur Tarifkollision verändert. Der Bundestag verabschiedete am 30.11.2018 eine Korrektur des Tarifvertragsgesetzes zusammen mit dem Qualifizierungschancengesetz. Eine Änderung war der Politik vom Bundesverfassungsgericht (BVerfG) im Juli 2017 aufgegeben worden. Die Anpassung sieht vor, dass Minderheitsstarifverträge weiterhin gültig bleiben, wenn beim Zustandekommen des Mehrheitsstarifvertrags die Interessen von gewerkschaftlich organisierten Berufs- beziehungsweise Arbeitnehmergruppen, die auch vom Minderheitsstarifvertrag erfasst sind, „nicht ernsthaft und wirksam berücksichtigt“ worden sind, wie es in der Änderung des Tarifvertragsgesetzes heißt. Die Tarifkollision regelte bisher, dass in einem Betrieb, in dem es mehrere Tarifverträge unterschiedlicher Gewerkschaften gibt, nur der Tarifvertrag gilt, den die Gewerkschaft mit den meisten Mitgliedern im Betrieb geschlossen hat. Kleinere Gewerkschaften dürfen diesen Tarifvertrag nachzeichnen, also auch für ihre Mitglieder übernehmen - allerdings nur in der von der Mehrheitsgewerkschaft und dem Arbeitgeber vereinbarten Form.



Fotomontage: BSBD NRW

Das BVerfG hatte in seinem Urteil im vergangenen Jahr bemängelt, dass die Regelung des Gesetzes in die Koalitionsfreiheit eingreife. Für den Fall, dass die Belange einzelner Berufsgruppen oder Branchen bei der Verdrängung bestehender Tarifverträge einseitig vernachlässigt werden, seien keine Vorkehrungen getroffen worden. Dies müsse der Gesetzgeber bis zum 31. Dezember 2018 neu regeln.

Die Opposition zeigte sich verärgert über die Art und Weise, mit der die Große Koalition die Korrektur durch den Bundestag gebracht hatte. Es könne nicht sein, dass die Änderung eines so komplexen Gesetzes an das Qualifizierungschancengesetz angehängt werde, lautete die Kritik der Oppositionsfractionen. Die Gewerkschaften, die gegen das Tarifeinheitsgesetz beim BVerfG geklagt hatten, erklärten dass die Korrekturen nicht weit genug gehen.

Streikrecht für Beamte

Mit Urteil vom 12.06.2018 (Az.: 2 BvR 1738/12) hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass Beamte kein Streikrecht besitzen. Die Klage von beamteten Lehrern aus Niedersachsen, die sich gegen dienstrechtliche Maßnahmen wegen Beteiligung an Streiks gewehrt hatten, wurde damit abgewiesen. Sie argumentieren mit dem EU-Recht auf Streik für alle Arbeitnehmer. Der dbb hat sich bei der Anhörung klar gegen ein Streikrecht ausgesprochen, da dies klarer Bestandteil des deutschen Beamtenrechts sei. „Wer als Beamter die vollen Rechte des deutschen Berufsbeamtentums erhalten möchte, der muss auch alle Pflichten, die damit verbunden sind, tragen“, so der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach.

Rückblick auf das Jahr 2018 (Fortsetzung)

70 Jahre DBB NRW

Der Deutsche Beamtenbund Nordrhein-Westfalen feierte am 8. Oktober 2018 das 70-jährige Bestehen in der Classic Remise Düsseldorf.

Mit der Gründung des Landes NRW entstand im Jahr 1948 auch der neue Landesverband des Beamtenbundes

Ehrengast und Festredner war der Ministerpräsident Armin Laschet, der dem DBB für seine erfolgreichen Arbeit dankte und die gute Zusammenarbeit zwischen DBB NRW und Landesregierung betonte.

Der DBB NRW Vorsitzende Roland Staudte sagte in seiner Rede, „dass der DBB ein wichtiges Sprachrohr nicht nur für die Beschäftigten, sondern auch für die Bürgerinnen und Bürger ist.“



Roland Staudte übergibt Armin Laschet die frischgedruckte Chronik (Foto: DBB NRW)

dbb Seniorenarbeit

Über viele Jahrzehnte konzentrierte sich die Gewerkschaftsarbeit auf die Beschäftigten im aktiven Berufsleben. Der Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen (BRH) im Deutschen Beamtenbund engagierte sich für die Älteren. Doch die Zahl der Senioren steigt auch in den Gewerkschaften. Nicht wenige von Ihnen haben inzwischen ein Viertel Senioren und mehr in ihren Mitgliederreihen. Aus diesem Grund konzentrieren sich die Berufsverbände und Gewerkschaften immer stärker auf diese Gruppe und schaffen immer neue Angebote.

Der dbb selbst gründete im Jahr 2013 die dbb Seniorenvertretung. Der Bundesvorstand unter der Führung von Wolfgang Speck sorgte dafür, dass alle Mitglieder, die sich im Ruhestand befinden, die Zeitung „Aktiv im Ruhestand“ erhalten können. Vor dem Jahr 2013 wurde die Zeitung vom BRH herausgegeben. Einige Gewerkschaften entschieden, eigene Seniorenzeitschriften an ihre Mitglieder zu versenden (z.B. DSTG Westfalen-Lippe). Weitere Verbesserungen waren z.B. die Ausweitung des Rechtsschutzes. So wird z.B. Rechtsschutz bei der Einstufung in einen Pflegegrad gewährt. Die dbb Seniorenvertretung setzt sich auf Bundes- und auf Landesebene für die Senioren ein. In NRW wurde der Vorstand im Jahr 2015 gewählt.

Der BRH in Münster

Nach der Auflösung des BRH Bundesverbandes hat der BRH auf Bundesebene an Bedeutung verloren. Auf Landesebene, aber auch in Münster gibt es eine aktive Seniorenarbeit. Der BRH-Kreisverband Münster hat mehr als 300 Mitglieder und führt jeden Monat Vorträge, Freizeittagesfahrten und andere Veranstaltungen durch.

Änderungen im dbb Kreisvorstand

Annette Rochell begleitet seit dem Jahr 2016 die Arbeit des dbb Kreisvorstandes. Sie wurde im Januar 2018 in den dbb Kreisvorstand kooptiert.

100 Jahre Deutscher Beamtenbund

Vor 100 Jahren, am 4. Dezember 1918 wurde der Deutsche Beamtenbund gegründet. Mit einem Festakt wurde das Jubiläum Ende November gefeiert. Ehrengast und Festredner war der Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (Fotos: DBB)



In dankbarer Erinnerung

Im Zeitraum 2013 - 2018 verstarben engagierte Kolleginnen und Kollegen, die sich mit ihrer ehrenamtlichen Arbeit in den Berufsverbänden und Gewerkschaften in Münster für die Kolleginnen und Kollegen eingesetzt haben. Stellvertretend erinnern wir hier an drei Kollegen, die in ihrem dbb Mitgliedsverband, aber auch im dbb Kreisverband Münster im besonderen Maße mitgewirkten.



Von links:

Dr. Dieter Jeddelloh (1934 - 2017)

Karl-Heinz Nitz (1925 - 2018)

Rüdiger Knebel (1939 - 2013)

Fotos: Stadt MS, BRH MS, dbb KV MS

Dr. Dieter Jeddelloh engagierte sich über 30 Jahre im Verband der Landebeamten und Angestellten des Landesdienstes (VdLA) und in der Personalrats- und Gewerkschaftsarbeit bei der Bezirksregierung Münster. Von 1978 bis 1998 war er Kreisvorsitzender des Deutschen Beamtenbundes und setzte hier wichtige Akzente für die Arbeit des dbb. Er übernahm auch besondere Aufgaben im Kommunalbereich. So war er bis zum Jahre 2008 32 Jahre lang der Vorsitzende des Umlegungsausschusses der Stadt Münster. Für seine Verdienste verlieh ihm der Bundespräsident das Bundesverdienstkreuz am Bande.

Karl-Heinz Nitz, liebevoll auch Charly Nitz genannt, arbeitete ehrenamtlich von 1955 bis zum Jahr 2014 in vielen Funktionen der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, dem Deutschen Beamtenbund, der dbb-jugend NRW und nicht zuletzt dem Bund der Ruhestandsbeamten. Er begann seine Arbeit als DSTG-Ortsjugendleiter und gründete 1957 die dbb-Jugend, deren Landesvorsitzender er wurde. In der DSTG war er in der Personalratsarbeit und unter anderem als Bezirksvorsitzender des Bezirksverbandes Westfalen-Lippe aktiv. Nach seiner aktiven Dienstzeit als Steuerbeamter engagierte er sich als BRH-Kreis- und BRH Landesvorsitzender, sowie als stellvertretender BRH-Bundesvorsitzender für die Belange der Senioren im dbb. Für seine Verdienste verlieh ihm der Bundespräsident das Bundesverdienstkreuz am Bande und den Verdienstorden 1. Klasse. Weitere Auszeichnungen erhielt er von der DSTG und dem DBB. Im Jahr 2012 wurde er Ehrenmitglied des dbb Kreisverbandes Münster.

Rüdiger Knebel engagierte sich mehr als 30 Jahre in seiner Fachgewerkschaft, dem Philologenverband, und in der Personalratsarbeit auf örtlicher und Bezirksebene. Im gleichen Zeitraum wirkte er drei Jahrzehnte lang im dbb Kreisvorstand Münster mit. Zuerst war er Beisitzer und ab dem Jahr 1998 bis zu seinem Tod im Januar 2013 als Schatzmeister für die Finanzen des dbb Kreisverbandes Münster verantwortlich. Für seine Verdienste wurde er im Jahr 2012 mit der goldenen Ehrennadel des DBB NRW ausgezeichnet.

Wir werden die lebensfrohe, liebenswerte und humorvolle Zusammenarbeit und die Verdienste der drei genannten Kollegen nicht vergessen und in dankbarer Erinnerung behalten. Wir gedenken aber auch allen anderen Kolleginnen und Kollegen, die verstorben sind und sich als Gewerkschafter/in oder als Personalratsmitglied für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes eingesetzt haben.

Geschäftsbericht 2013 - 2018 – dbb Kreisverband Münster

Verantwortlich: Michael-Franz Knobloch (Vorsitzender bis zum 13.02.2019)

Mail: dbb-ms@t-online.de - Internet: www.dbb-nrw.de

Seite 23 von 28

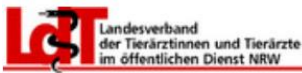
Übersicht über die dbb Mitgliedsverbände in Münster

Logo	Berufsverband/Gewerkschaft	Ansprechpartner in Münster
 dbb beamtenbund und tarifunion	Deutscher Beamtenbund Kreisverband Münster dbb	Meik Bruns
	Bund der Forstleute BdF	Alfred Edelhoff
	Bund der Rechtspfleger BdR	Björn Benkhoff
	Bund der Ruhestandsbeamten Rentner und Hinterbliebenen BRH	Gerd Türck
	Bund der Strafvollzugsbediensteten BSBD Ortsverband Justizvollzugsanstalt Münster	Achim Hirtz
	Gewerkschaft Technik und Natur- wissenschaft im dbb (vormals Bund technischer Beamter) Fachgruppe Mensch, Umwelt, Technik Fachgruppe Arbeit und Umwelt Fachgruppe Bodenordnung und ländliche Entwicklung	Christof Schreiber Dirk Vosskuhl Judith Kokoska Michael Huby
	Deutsche Zoll- und Finanz- gewerkschaft BDZ Ortsverband Hauptzollamt Münster Ortsverband Bildungszentrum der Bundesfinanzverwaltung	Matthias Westphal Thomas Rasche
	Gewerkschaft Mess- und Eichwesen BTE (vormals Bund technischer Eichbeamter)	N.N.
	Deutscher Berufsverband für soziale Arbeit e.V. DBSH	Jutta Rodrigo

Übersicht über die dbb Mitgliedsverbände in Münster

Logo	Berufsverband/Gewerkschaft	Ansprechpartner in Münster
	Deutsche Justiz-Gewerkschaft DJG Ortsverband Landgericht Münster	Lars Flaskamp
	Deutsche Polizei-Gewerkschaft DPoIG	André Middrup Polizei NRW Michael Dieck Bundespolizei
	Deutsche Steuer-Gewerkschaft DSTG Ortsverband Oberfinanzdirektion Münster Ortsverband Finanzamt Münster-Innenstadt Ortsverband Finanzamt Münster-Außenstadt Ortsverband Betriebsprüfungsfinanzamt Münster Ortsverband Finanzamt für Steuerstrafsachen und Steuerfahndung Münster Ortsverband Staatliches Rechnungsprüfungsamt für Steuern Münster Ortsverband Finanzgericht Münster	Roland Denninghaus Ulrich Westhues Henrik Beckstedde Thomas Bollmann Katharina Welz Andreas Wilke Ursula Langenkämper
	Deutscher Gerichtsvollzieher-Bund DGVB	Robert Schwering
	Fachverband der Bedienteten der Landwirtschaftskammer NRW	Harald Doligkeit
	Fachverband Wasser- und Schifffahrtsverwaltung WSV	Christoph Käufer
	Gewerkschaft der Lokomotivführer GdL	Ludger Kramer
	Gewerkschaft der Sozialversicherung	Petra Uhlenkamp
	Gewerkschaft der Sozialverwaltung GdV (vormals Gewerkschaft der Versorgungsverwaltung)	Helmo Baltes

Übersicht über die dbb Mitgliedsverbände in Münster

Logo	Berufsverband/Gewerkschaft	Ansprechpartner in Münster
 komba gewerkschaft	Gewerkschaft der Kommunal- beamten und Angestellten KOMBA Fachgruppe Stadtverwaltung Münster Fachgruppe Landschaftsverband Westfalen-Lippe	Michael Zarth Anusch Melkonyan
DPV/KOM	Kommunikationsgewerkschaft Deutscher Postverband DPV-KOM	Bernhard Zarmstorf
 Landesverband der Tierärztinnen und Tierärzte im öffentlichen Dienst NRW	Landesverband der beamteten Tierärzte LdT	Dr. Georg Pass Dr. Roland Otto
 LVL	Landesverband der Lebensmittel-Chemiker im öffentlichen Dienst LVL	Christina Blachnik Landesvorsitzende
 phv NW	Philologenverband PhV	Meik Bruns
 lehrer nrw Verband für den Sekundarbereich	Realschullehrerverband lehrer.nrw	Ingo Lürbke
 VAB VERBAND DER ARBEITNEHMER DER BUNDESWEHR	Verband der Arbeitnehmer in der Bundeswehr VAB	Wolfgang Richter
 VBB	Verband der Beamten in der Bundeswehr VBB	Rainer Gausling
 vbba Gewerkschaft Arbeit und Soziales Landesgruppe Nordrhein-Westfalen	Gewerkschaft Arbeit und Soziales VBBA-Fachgruppe Rheine-MS (vormals Verband der Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit)	Martina Laufkötter

Übersicht über die dbb Mitgliedsverbände in Münster

Logo	Berufsverband/Gewerkschaft	Ansprechpartner in Münster
 Verband Bildung und Erziehung Landesverband NRW	Verband Bildung und Erziehung	Michael Kaulingfrecks
 vdlA gewerkschaft	Verband der Landesbeamten, Angestellten und Arbeiter VdLA Vorsitzender der VdLA-Fachgruppe Münster Dienststelle Bezirksregierung Münster Ansprechpartner Fachhochschule Münster Ansprechpartner Institut der Feuerwehr NRW Ansprechpartner Universität Münster	Gudrun Hüttermann N.N. Reiner Heuschen Harald Buch
	Verband Hochschule und Wissenschaft VHW	Prof. Dr. Thomas Köhler
	Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufsschulen und Berufskollegs VLBS	Jörn Brüggemann
	Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen VLW	Klaus Rentmeister
 Die Mediengewerkschaft	Verband der Rundfunk, Fernseh- und Filmschaffenden VRFF	Ingo Nasemann Landesvorsitzender

Datenstand: 31.12.2018

Aus Datenschutzgründen wurden persönliche Daten nicht veröffentlicht. Wenn Sie mit den genannten Ansprechpartnern in Kontakt treten wollen, dann wenden Sie sich bitte an den dbb Kreisverband Münster.

